



Mittwoch, 18. März 2015 – Rechtsstaat und Polizei in Not

Blockupy 2015 und der gewalttätige Protest rund um die Eröffnungsfeier der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015, insbesondere das, was sich in den frühen Morgenstunden im Frankfurter Ostend abgespielt hat, wird den dort wohnenden Menschen, den Einsatzkräften der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes noch lange in Erinnerung bleiben.

Bürgerkriegsähnliche Zustände, wie wir sie in Deutschland nicht kennen, haben sich im Gedächtnis der Menschen verhaftet. Brennende Polizeifahrzeuge und Barrikaden, fliegende Molotowcocktails und Pyrotechnik, Pflastersteine und Gehwegplatten, die als Wurfgeschosse gegen Polizisten verwendet wurden und mit denen ein Angriff auf das 1. Polizeirevier verübt wurde, belegen das ungeheure Gewaltpotenzial, welches hier förmlich eskalierte.

Entglaste Polizeifahrzeuge, in denen noch Kolleginnen und Kollegen saßen, wurden mit Brandsätzen beworfen und damit dem möglichen Tod der darin befindlichen Kollegen in Kauf genommen. Unsere Kolleginnen und Kollegen wurden, wo immer sie sich gerade an diesem frühen Mittwochmorgen im Frankfurter Ostend befanden, unvermittelt von größeren Gruppen verummter Gewalttäter angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Am Ende des Tages hatten wir 150 verletzte Kolleginnen und Kollegen zu verzeichnen.

Rund 4000 gewaltbereite Randalierer aus ganz Deutschland, aber auch viele aus dem europäischen Ausland, hatten den Weg nach Frankfurt gefunden, um ihren Hass und ihre Wut gegen den Rechtsstaat und die Polizei auszuleben.

Keiner, der die schrecklichen Geschehnisse vor Ort erlebt hat, insbesondere auch nicht die eingesetzten sogenannten „neutralen Beobachter“, können die Polizei auch nur ansatzweise für diese beispiellose Eskalation der Gewalt verantwortlich

machen. Plötzlich, unvermittelt und abgesprochen schlugen diese Gewalttäter an mehreren Orten zeitgleich mit zum Teil 200 Personen zu. Dies ist in der Tat eine neue Dimension der Gewalt gegen die Polizei, die wir bei künftigen Einsätzen zu berücksichtigen haben.

Der nächste schwere Einsatz steht schon bevor. Der G7-Gipfel Anfang Juni im bayerischen Elmau wird erfahrungsgemäß die gleiche Klientel wie bei den Blockupy-Veranstaltungen anziehen. Wir werden es wieder mit radikalen, politisch motivierten Gewalttätern aus Deutschland und Europa zu tun haben.

Der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm ist uns allen noch in bitterer Erinnerung. 430 zum Teil schwer verletzte Polizisten waren die traurige Bilanz dieses Einsatzes und sind bittere Vorboten dessen, was zu erwarten ist. Dieser G7-Gipfel in Elmau wird vermutlich der größte Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte in Deutschland werden. Viele Kolleginnen und Kollegen, gerade aus der Bereitschaftspolizei, die auch in Frankfurt eingesetzt waren, werden auch im bayerischen Elmau zum Einsatz kommen.

Sie werden mit gemischten Gefühlen nach Bayern reisen und genau wie ihre Familien hoffen, dass sie gesund und unbeschadet wieder nach Hause kommen. Sie werden mit schwierigsten Bedingungen, wie wir sie in Frankfurt am 18. März 2015 erlebt haben, rechnen müssen. Sie fahren nach Bayern mit der festen Überzeugung, den Rechtsstaat zu schützen und am Ende auch durchzusetzen. Sie fahren aber auch nach Bayern im Vertrauen, dass der Staat sich seiner Fürsorgepflicht vollumfänglich bewusst ist.

Sie erwarten, dass der Staat den immer schwerer werdenden Dienst und die zunehmende Gewalt gegen die, die diesen Staat durch ihre Uniform repräsentieren und schützen,



Andreas Grün

entsprechend würdigt und wertschätzt.

Darauf vertrauen zu können und sich der umfassenden Fürsorge sicher zu sein, sind die unumstößlichen Voraussetzungen, damit der Rechtsstaat keine Erosionserscheinungen davon trägt und solche Einsätze auch künftig für die Polizei leistbar bleiben.

Deshalb treibt es den Polizisten in Hessen auch die Zornesröte ins Gesicht, wenn ihnen durch die Landesregierung verkündet wird, dass die Einsparungen bei der Beihilfe faktisch zu einer Reallohnkürzung führen, die dann, gepaart mit der angekündigten Nullrunde und dem Besoldungsdiktat von 1% bis 2019, alles so dringend Gebotene auf den Kopf stellt.

Die Bundesländer Bayern, Hamburg und Rheinland-Pfalz haben zugesagt, das Tarifergebnis der Tarifgemeinschaft der Länder mit Lohnsteigerungen von 4,4% auch auf die Beamten zu übertragen.

Es ist schon beschämend mitanzusehen, wie die finanzschwächeren „Nehmerländer“ die Arbeit ihrer Polizistinnen und Polizisten wertschätzen und gleichzeitig das reiche „Geberland“ Hessen seine Polizisten im Regen stehen lässt.

Fortsetzung auf Seite 2



PKS und unfassbare Gewalt

Die Polizistin steht zur Seite, um das geraubte Handy wiederzufinden – und bekommt an anderer Stelle einen Pflasterstein ins Gesicht geworfen.

Der Freund und Helfer berät, wie das Zuhause bestens gegen Einbruch geschützt werden kann – und bekommt ein paar Tage später eine ätzende Flüssigkeit in den Nacken geschüttet.

Der Polizist verhindert, dass ein Großvater von Betrügern um seine Ersparnisse gebracht wird – und kurz darauf wird sein Streifenwagen angezündet, obwohl er noch darinnen sitzt.

Den hessischen Polizistinnen und Polizisten gebietet es ihre Ehre und ihre moralische Überzeugung, dass sie erkannte Gefahren von allen Menschen abwehren und ihnen als Opfern von Straftaten beistehen.

Dieser Satz ist keine Plattitüde, sondern das tagtägliche und bewuss-

te Befüllen der polizeilichen Berufung mit Leben. Umso erschütternder sind die Wahrnehmungen, dass Menschen, denen gemäß dem gesetzlichen Auftrag durch die Polizei in schützender Weise gedient wird, diesen Polizistinnen und Polizisten mit brutalen Methoden nach der Gesundheit und mitunter dem Leben trachten. Es stellt sich die Frage, in welcher Form nun die gesellschaftliche und politische Moral auf die Ereignisse am 18. 3. 2015 in Frankfurt am Main reagiert. Für die GdP ist dieser real existierende Kontrast unerträglich.

Einige Tage zuvor wurde der Öffentlichkeit die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2014 präsentiert. Und diese Statistik ist erneut eine Erfolgsbilanz der hessischen Polizei. Weit mehr als jede zweite Tat der 396 931 Straftaten in Hessen konnte aufgeklärt werden. Kennzahlen, die die weiterhin beispiellose Innere Sicherheit unseres Landes eindrucksvoll belegen.

Dieser Erfolg wurde jedoch hart von den Polizistinnen und Polizisten erarbeitet, die

- einen schmerzlichen Einschnitt in der Beihilfe ertragen sollen,
- über Jahre von der allgemeinen Wohlstands- und Einkommensentwicklung abgekoppelt werden sollen,
- durch eine viel zu dünne Personaldecke und sich veränderte Kriminalitätsphänomene, insbesondere im Bereich der Eigentumsdelikte, eine Belastungsverdichtung erfahren müssen,
- nun obendrein noch gezieltes Opfer schiefer unfassbarer Gewalt sind
- und abschließend durch Tarifangestellte unterstützt werden, die nun

immer weniger werden sollen und der übrige Rest hart um angemessene Lohnsteigerungen kämpfen muss.

Diese Liste der Missachtung hat nichts zu tun mit einer Anerkennung für die Erfolge, die sich in den Zahlen der PKS auf Jahre nun widerspiegeln.

Es bleibt festzustellen, dass das Hausaufgabenheft von Politik und Gesellschaft mit der folgenden Liste befüllt werden muss, um auch künftig polizeilich im Sinne **aller** Menschen derart erfolgreich zu bleiben.

- Beibehaltung der aktuellen Beihilferregelungen
- Teilhabe der Polizistinnen und Polizisten an den allgemeinen Wohlstands- und Einkommensentwicklungen
- Verstärkung des Personals, um den aktuellen und neuen Kriminalitätsphänomenen kraftvoll begegnen zu können, insbesondere im Bereich der Eigentumsdelikte
- Gesellschaftliche Ächtung und konsequente Bestrafung von gezielter Gewalt gegen die Polizei
- Stärkung des Tarifpersonals in allen Belangen

Eine Anerkennung vonseiten der Politik und der Gesellschaft erkennen die Polizistinnen und Polizisten derzeit mit Bedauern nicht.

Von daher bleibt nur, vonseiten der GdP den Kolleginnen und Kollegen für einen erneuten großen polizeilichen Erfolg im Jahr 2014 Danke zu sagen sowie den im Dienst und aktuell in Frankfurt am Main verletzten Kolleginnen und Kollegen gute Genesung zu wünschen und Euch unser Mitgefühl auszusprechen.

Fraglich ist, wieviel psychisches Leid und innere Enttäuschung die Polizistinnen und Polizisten ertragen können.

Swen Eigenbrodt

VORWORT

Fortsetzung von Seite 1

Schöne Sonntagsreden und Lobhudeleien auf die hervorragende Arbeit der Polizei sollte man sich künftig ersparen, wenn die innere Einstellung dazu offensichtlich nicht von der Mehrheit dieser Koalition getragen wird.

Die Wut und die Verärgerung über diese Haltung veranlasst immer mehr Kolleginnen und Kollegen, offen über „Dienst nach Vorschrift“ zu sprechen. Ebenso wird diskutiert, wie lange die intrinsische Motivation noch reicht, um mit Husten, Schnupfen oder Rückenschmerzen auch weiterhin zum Dienst zu gehen und dadurch langfristig seiner Gesundheit erheblichen Schaden zuzufügen.

Dies sind die ersten Anzeichen von Ohnmacht und Resignation. Noch nie war die Enttäuschung in der Truppe so groß. Es ist höchste Zeit, dass der für die Polizei zuständige Innenminister Beuth im Kabinett Klartext redet und denen, die das Kaputtsparen der Polizei betreiben, die Augen öffnet.

Andreas Grün,
Landesvorsitzender



**Gut,
dass es sie gibt.**



Gewerkschaft der Polizei



Von (Un-)Dank, Zynismus und der lieben Mitarbeiterschaft

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit erhalten die „lieben Polizeibeamtinnen und -beamten (und die) lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ Newsletter des hessischen Ministers für Inneres und Sport, Peter Beuth. Nicht selten schüttet da „unser“ Minister sein Füllhorn voll des Lobes über seiner Mitarbeiterschaft in den Reihen der hessischen Polizei aus. Das ist ja – nüchtern betrachtet – zunächst einmal löblich und vorbildlich, wird doch der Anschein erweckt, die Angesprochenen befinden sich in gutem Ansehen bei „ihrem“ Minister. Nun, so ab und zu ein Brief, vielleicht in der Hoffnung, die so Angesprochenen zu beruhigen, kostet ja auch nicht viel. Womit wir uns dem eigentlichen Thema nähern.

Da ist zum einen der Polizei-Newsletter 7/2014 vom 11. 12. 2014, in dem die – anfangs vielleicht noch, am Ende aber ganz und gar nicht mehr so geneigte – Leserschaft über die neuesten Sparpläne der Landesregierung durch beabsichtigte Kürzungen in der Beihilfe informiert wird. Auch für diesen Brief gilt zunächst einmal: Schön, dass wir von „oberster Stelle“ informiert werden und es sich „unser“ Minister nicht nehmen lässt, sich persönlich an seine Nachgeordneten zu wenden. Der zunächst noch vielleicht positive Eindruck ändert sich allerdings beim Erreichen der zweiten Hälfte des Briefes. Denn dort stellt unser Innenminister heraus, dass – verzichtet man auf eine Nachversicherung der seitens der Landesregierung zu streichenden Leistungen – man sogar Geld sparen könne.

In zahlreichen Anrufen bei der GdP und der Personalvertretung machten die so Angesprochenen ihrem Ärger deutlich Luft. In der Tat entsteht der Eindruck, die Kollegenschaft werde von „ihrem“ Minister nicht so recht ernstgenommen. Und auch ich fühle mich eher verspottet angesichts dieser Passage. Mehr noch: **Das ist der reine Hohn und an Zynismus kaum zu übertreffen, Herr Minister!** Vor dem Hintergrund einer solchen Äußerung kann (und will) ich die Beteuerungen unseres Ministers um unsere gute Arbeit und sei-



Bernhard Huber

nen Dank ganz und gar nicht mehr glauben.

Zum anderen erreicht uns mit dem Newsletter 2/15 – selbstverständlich mit der gleichen Anrede, nach der wir alle „lieb“ sind – eine Lobeshymne und ein Dankeschwall angesichts der PKS-Zahlen und der (in der Tat beachtlichen) Aufklärungsquote. Immerhin kann man mit diesem Zahlenwerk ja auch in der Politik ganz herrlich glänzen, ohne oder kaum selbst wirklich dazu beigetragen zu haben, nicht wahr?

Dass die „liebe“ Polizei ihre Arbeit aber auch nur deshalb so gut verrichten kann, wie sie es tut und von Herrn Minister Beuth dargestellt, weil sie von einer Vielzahl Tarifbeschäftigter unterstützt wird, dürfte zumindest in Fachkreisen ohne Frage sein. Und was macht diese Landesregierung – gewissermaßen zum Dank? Sie streicht mal eben Tarifstellen für die nächsten Jahre; auch bei der so gelobten Polizei! **Sieht so ein ehrlicher Umgang miteinander aus?**

Und nicht nur das. Gerade mal ein einziger Arbeitstag, bevor wir so „lieb“ angesprochen und mit Dank überschüttet worden sind, fand das erste Verhandlungsgespräch der jüngsten Tarifrunde der Gewerk-

schaften mit dem Innenminister statt. Dass er die erste Forderung um Erhöhung der Monatsentgelte um 5,5% ablehnte, verwundert nicht und ist auch weiter nicht verwerflich. Was vielmehr auffällt und zumindest mich in hohem Maße verärgert ist die Tatsache, dass dieser Minister es nicht für nötig hält, seinerseits ein Angebot vorzulegen. Auch dieses Verhalten kann ich nur noch als mangelnde Wertschätzung – ja vielleicht sogar als Ignoranz – der eigenen Mitarbeiterschaft und meinen geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Tarifbereichs bezeichnen! Offenbar hat er sich noch nicht einmal Gedanken darüber gemacht, was ihm die Arbeit der „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ wert ist!

Und von der beabsichtigten Nullrunde und anschließenden Ein-Prozent-Steigerung der Gehälter für seine „lieben Polizeibeamtinnen und -beamten“ mag ich jetzt gar nicht mehr reden – da geht mir nur die Hut schnur hoch und mein Hals wird immer dicker. Schuldenbremse hin – Schuldenbremse her: Wenigstens einen Inflationsausgleich zu schaffen, liebe wenigstens noch den Versuch einer gewissen – und vor allem ehrlich gemeinten! – Wertschätzung erkennen. Immerhin geht das – man höre und staune: Trotz Schuldenbremse – in anderen Bereichen schließlich auch – sogar per Gesetz!

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth,

ich verzichte gerne auf Ihre Dankesworte in der bisherigen Art, die von anderen Empfängern auch zu Recht als Sonntagsreden bezeichnet werden. Sie scheinen mir alles andere als ehrlich, dazu bedürfte es überzeugender Taten und nicht des Gegenteils! **Lassen Sie Ihrer Anerkennung gerne freien Lauf – durch WIRKLICHE ANERKENNUNG – so, dass man es Ihnen auch glauben kann!**

**Bernhard Huder,
GdP-Bezirksgruppe Südost**



GdP-Einsatzbetreuung bei BLOCKUPY 2015

Auch bei Blockupy 2015 war eure GdP mit der Einsatzbetreuung zur Eröffnung der EZB in gewohnter Weise für euch dabei.

Wir waren täglich in der Zeit von 7 Uhr bis 22 Uhr vor Ort in unserer Chillout-Zone im Verpflegungstützpunkt. In der GdP-Chillout-Zone konntet ihr neben unserer Lavazza-Bar mit frisch gebrühtem Espresso, Cappuccino oder Latte macchiato auch leckeres Langnese-Eis, original Köhler-Küsse sowie andere GdP-Streuartikel und Infomaterial finden. Mit Tischfußball und Dartspielen konnte man auch die Pause verbringen. Wir waren täglich auf Rufbereitschaft, wenn euch vor Ort etwas gefehlt hatte. Man musste uns nur anrufen!



Bundsvorsitzender Oliver Malchow und Landesvorsitzender Andreas Grün vor Ort



Das Organisationsteam stand unter der Leitung von Karin Schäfer (Bezirksgruppenvorsitzende und Personalrat FFM). Zum Organisationsteam gehörten Elke Oswald, Petra Moosbauer (beide Personalrat FFM) sowie Lothar Hölzgen (Personalrat Westhessen), Hendrick Steinack (Personalrat Bereitschaftspolizei) und Antonio Pedron (Personalrat PP

Süd Hessen) an. Das Organisationsteam wurde intensiv unterstützt aus verschiedenen Bezirksgruppen, insbesondere von GdP-Ruheständlern der Frankfurter GdP.

GdP-Eiswagen mit Magnum und Capri bis spät abends auf Tour

Nicht nur mittendrin, sondern immer ganz nah dabei!

In strahlende Gesichter sahen die drei Eisboten Hendrick Steinack, Jörg Gaulrapp (Ordnungspolizei Mörlenbach) und Antonio Pedron, als sie unermüdlich Eis am Stiel an die Einsatzkräfte verteilten. Die Eisboten wurden auch zeitweise von GdP-Ruheständlern unterstützt.

Alle Einsatzkräfte hatten sowas noch nicht erlebt, denn erstmalig im

Betreuungskonzept der GdP konnte man den „Eiswagen“ direkt zu sich ordern. Die Nachfrage war so hoch, dass wir leider nicht alle Wünsche erfüllen konnten. Mal war es die Lage die uns hinderte, mal ein Verkehrsunfall oder die hohe Nachfrage vor Ort, die Zeit in Anspruch genommen hatte. Teilweise trafen wir auf Einsatzkräfte, die keine Verpflegung dabei hatten, sodass wir auch diese mit Beutelmahlzeiten notdürftig versorgen konnten. Sehr gefreut haben wir uns über die Flut der Kolleginnen und Kollegen, die ihre GdP-Zugehörigkeit offenkundig zum Ausdruck brachten und sich für unser Engagement bedankten. Schmunzeln mussten wir allerdings auch, wenn in Rei-



BLOCKUPY-EINSATZBETREUUNG



Oliver Malchow im Interview

hen der GdP-Mitglieder ein Nichtmitglied anwesend war und Eis wollte. Auf Wunsch unserer Mitglieder haben wir ihm kein Eis verwehren können, dafür wurde es auf seine Nichtmitgliedschaft deutlich hingewiesen – GdP, wir machen den Unterschied!

Einsatzkräfte im Präsidium nicht vergessen

Um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen im Präsidium zu erreichen, haben wir jeweils eine Eistruhe im Präsidium gelagert und die Verteilung erfolgte persönlich durch die Frankfurter Personalräte, insbesondere vom Personalratsvorsitzenden

Wolfgang Link und seinem Vertreter Dieter Langsdorf.

hr-online berichtete über Chillout-Zone

Über das mediale Interesse an der GdP und an der GdP-Einsatzbetreuung haben wir uns sehr gefreut. Denn rechtzeitig zu Beginn der Einsatztage schrieb hr-online über unsere Aktion.

Bundes- und Landesvorsitzender vor Ort

Mit verschiedenen Presseanfragen in Bearbeitung erschienen der Bundesvorsitzende Oliver Malchow und der Landesvorsitzende Andreas Grün in Frankfurt. Nicht nur der Be-



such bei der Befehlsstelle, um sich einen Überblick zu verschaffen, war ihnen wichtig, sondern auch am Einsatzort, um sich ein Stimmungsbild der Mannschaft einzuholen. Beide haben an diesem Tag außerordentlich dafür Sorge getragen, dass die Polizei medial nachdrücklich positiv begleitet.

Ministerbesuch bei der GdP-Chillout-Zone

Am Großeinsatztag suchte uns noch in den späten Abendstunden Staatsminister Peter Beuth (CDU) in der Chillout-Zone auf und überzeugte sich selbst vom Betreuungsservice der GdP. Er dankte und lobte die GdP für die Unterstützung.

Wir haben mehrere tausend Köhler-Küsse, fast 5000 Eisportionen verteilt und über 1500 Kaffeespezialitäten zubereitet. An dieser Stelle möchten wir unseren Sponsoren herzlich danke sagen: Signal Iduna, Unilever AG/Langnese Heppenheim, Fa. Editho Lavazza Kaffee Offenbach und Europcar Rüsselsheim.

Abschließend sei zu sagen, dass uns der Einsatz mit euch gut gefallen hat! Bis zum nächsten Mal.

**Für das Organisationsteam
Antonio Pedron**



Lothar Hölzgen im Gespräch mit Innenminister Beuth



Der zivile Ungehorsam und die gewaltbereiten Globalisierungsgegner

Die jüngsten Krawalle um die EZB Eröffnung in Frankfurt und die damit einhergehenden Äußerungen des hessischen Landtagsvizepräsidenten, Ulrich Wilken, haben den Begriff des „zivilen Ungehorsams“ mal wieder in die öffentliche Diskussion gebracht.

Von vielen wird der Begriff verwendet, um rechtlich fragwürdiges oder eindeutig rechtswidriges Verhalten vor sich selbst und anderen zu rechtfertigen. Was es damit eigentlich auf sich hat, ist vielen unbekannt.

Zunächst einmal müssen wir für die Bundesrepublik unterscheiden zwischen Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz, der jeden Deutschen das Recht auf Widerstand gegenüber jene einräumt, die es unternehmen die Verfassungsordnung zu beseitigen und dem rechtsphilosophischen Begriff des zivilen Ungehorsams.

Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes geht unmittelbar auf die Erfahrungen im 3. Reich zurück.

Nichts Geringeres als den Schrecken des Nazi-Terrors hatten die Verfassungsväter im Sinn, als sie dieses Widerstandsrecht in der Verfassung verankerten.

Die Verfasser des Grundgesetzes hatten weder den Bau eines Flughafens, eines Bahnhofs oder gar die Eröffnung einer Europäischen Zentralbank im Hinterkopf. Wer sich also aus autonomen Kreisen auf diesen Artikel beruft, der bagatellisiert geradezu das Unrecht und den Terror, der von den Erfüllungsgehilfen des Hitler Regimes ausging.

Der eigentliche zivile Ungehorsam ist, laut Wikipedia, eine Form der politischen Teilhabe, deren Wurzeln bis in die Antike zurückreichen.

„Durch einen symbolischen, aus Gewissensgründen vollzogenen, und damit bewussten Verstoß gegen rechtliche Normen zielt der handelnde Staatsbürger mit einem Akt zivilen Ungehorsams auf die Beseitigung ei-

ner Unrechtssituation und betont damit sein moralisches Recht auf Partizipation.“

Modere Vertreter dieser Form des politischen Protestes sind Mahatma Gandhi, Martin Luther King und auch Rosa Parks. Die beiden erstgenannten bedürfen wohl keiner weiteren Vorstellung. Rosa Parks hatte sich am

fragwürdigen Rechtssystem unterzuordnen. Ein Hauptmerkmal ist hierbei, dass gerade keine Gewalt angewendet, sondern lediglich das Befolgen der als ungerecht empfundenen Rechtsnorm verweigert wird.

Wer sich durch das Begehen schwerster Straftaten, durch das Angreifen von Polizeibeamten, Feuer-



01. Dezember 1955 in Montgomery/Alabama geweigert, ihren Sitzplatz im Bus für einen Weißen zu räumen. Hierzu wäre sie gesetzlich verpflichtet gewesen. Ihre Weigerung führte zum „Montgomery Bus Boykott“ und schließlich zur Abschaffung dieser Regelung.

Ein weiteres prominentes Beispiel für einen erfolgreichen zivilen Ungehorsam, ist die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR.

Die Beispiele sprechen für sich. Der zivile Ungehorsam ist die Weigerung des Einzelnen, sich einem moralisch

wehrlenten und Rettungskräften, durch das Anstecken von Einsatzfahrzeugen und das Beschädigen von fremden Eigentum in eine Reihe mit Gandhi, Martin Luther King und Rosa Parks stellen will, hat überhaupt nichts begriffen. Eine solche Person hat jegliches moralisches Recht verloren, an der politischen Meinungsbildung teilzunehmen.

Thomas Rüdiger,
GdP – Kreisgruppe Kassel



BRIEF AN DEN INNENMINISTER

Aus dem Hauptpersonalrat

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth,

die gewalttätigen Aktionen von Straftätern in Frankfurt am Main am zurückliegenden Mittwoch, 18. März 2015, lassen die dort eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten, die Angehörigen der Feuerwehren und der Rettungsdienste bundesweit noch immer nicht zur Ruhe kommen. Zu gegenwärtig sind die erlebten und in vielen medialen Berichterstattungen gezeigten Bilder.

Eine bis dahin in Deutschland noch nicht gekannte Gewalt gegen Leib und Leben der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten wurde vorsätzlich und planmäßig von bisher noch nicht identifizierten Rechtsbrechern ausgeübt. Es gibt „keine gute Gewalt!“

Wir wollen mit unserem Schreiben an Sie deutlich machen, dass die Innere Sicherheit und die Grundrechte nicht von Uniformen, Helmen, Blaulichtern auf Fahrzeugen oder individuellen Kennzeichnungen geschützt werden, sondern von MENSCHEN! Und als Menschen haben wir die gleichen Rechte wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Den Gewalttätern fehlt jeder Respekt vor Leib, Leben oder Gesundheit. Wir Polizeibeamtinnen und -beamte werden von ihnen entmenschlicht und zu Hassobjekten auserkoren.

Wenn dieses brutale Verhalten von unseren gewählten Volksvertretern nicht geschlossen und öffentlich angeprangert wird, sehen wir unsere eigenen Menschenrechte gefährdet!

Die Rechtsgüter Leib, Leben und Gesundheit sowie in vielen Fällen das Eigentum Unbeteiligter, galt es zu schützen.

Diesen verfassungsrechtlich verankerten Auftrag haben die nahezu 9000 Polizistinnen und Polizisten vorbildlich ausgeführt. Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Das Polizeipräsidium Frankfurt am Main als einsatzführende Behörde hat die Lage, die seit mehreren Monaten geplant und professionell vorbereitet wurde, konsequent und richtig beurteilt. Alle vorgenommenen Maßnahmen der Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz werden immer auf die Rechtmäßigkeit der Dienstaussübung überprüft. Der Einsatz unserer Kolleginnen und Kolle-

gen war differenziert, verhältnismäßig und dem Anlass entsprechend. Denjenigen, die medial bereits vorsorglich Stimmung gegen die Polizei gemacht haben, wollen wir entschieden begegnen. Den Vorwurf, die rechtsstaatliche Polizei hätte durch ihr „martialisches Auftreten“ provoziert und damit die Gewaltspirale erst in Gang gesetzt, weisen wir entschieden zurück. Die Gewalt gegenüber uns Polizeibeamten gerade bei Demonstrationen zwingt uns, als „behelmt und mit Körperschutzausstattung passiv geschützte Polizei“ die Grundrechte anderer bei Demonstrationen zu gewährleisten. Und dies nur aus Gründen des Schutzes unserer eigenen körperlichen Unversehrtheit.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass das Verhalten von Straftätern sozusagen billigend in Kauf genommen wird, wenn es der Berichterstattung für das eigene Anliegen der Blockupy-Bewegung dient. Im Vorfeld der Demonstrationen in Frankfurt am Main war öffentlich bekannt, dass diese auch von rechtsbrecherischen Gruppierungen aus dem In- und Ausland genutzt werden, um multimediales Echo auszulösen.

Der Vizepräsident des hessischen Landtages, Herr Ulrich Wilken, hat als Mitorganisator des Blockupy-Bündnisses durch seine Äußerungen blankes Entsetzen bei uns Polizeibeamtinnen und -beamten ausgelöst.

Seine Aussage, dass er „für die Wut der Menschen“ Verständnis habe, ist ein Schlag ins Gesicht aller eingesetzten Menschen in der Einsatzwoche!

Es ist nahezu unerträglich, wenn gewählte Volksvertreter sich von der rechtsstaatlich legitimierten Polizei distanzieren! Gezielte Stein-

und Flaschenwürfe auf Polizeibeamte, brennende Fahrzeuge und Straßenbarrikaden, Säureeinsatz und auch ein bisher einmaliger Angriff auf ein Polizeirevier haben mit Demonstrationsfreiheit nichts mehr zu tun.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth,

wir haben die Einsatzlage am vergangenen Mittwoch persönlich begleitet. Herr Wittig und ich waren vor Ort und waren entsetzt von den hemmungslosen und teils hinterhältigen Angriffen auf Menschen.

Wenn auf offener Straße Polizeifahrzeuge, in denen noch Polizisten sitzen, in Brand gesetzt werden, dann ist es unerträglich, dass, durch wen auch immer, dies auch nur ansatzweise auf Verständnis stößt.

Wir bitten Sie, mit unserer Kritik und unseren Worten in den Sitzungen des Innenausschusses – aber auch ggf. in den anstehenden Plenarsitzungen, offen umzugehen.

Wir haben auch die letztwöchige Debatte im deutschen Bundestag zur Kenntnis genommen und Herr Bundesinnenminister Thomas de Maizièr hat deutlich gemacht, „dass nicht nur der Tod von Polizisten in Kauf genommen wurde, sondern auch jeder dieser Angriffe auch ein Angriff auf unseren Rechtsstaat, auf jeden Bürger dieses Landes war“.

Wir bitten Sie als unseren obersten Dienstherrn, die uns stark umtreibende Kritik und unsere Position öffentlich deutlich zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Mohrherr, Peter Wittig
(Vorsitzender) (stellv. Vorsitzender)



GdP-REISE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere diesjährige achttägige **GdP-Reise nach Sizilien** im Sonnenmeer führt uns nach Catania, Acirale, Taormina, Savoca, Syrakus, Piazza Armerina, Palermo, Monreale, zum Ätna und den Liparischen Inseln.

Es ist ein tolles Komplettprogramm und verspricht einmalige Erlebnisse in der GdP-Reisegruppe.

Ich darf alle Interessierten um schnellstmögliche Anmeldungen bitten, da Plätze für den Flug rechtzeitig gebucht werden müssen.

Das Anmeldeformular ist in der Anlage beigelegt.

Ich freue mich auf eine gemeinsame aufregende Sizilienreise

Mike Messer

Reisezeit: Dienstag, 22. September, bis Dienstag, 29. September 2015
Hotel: **Orizzonte am Fuße des Ätna in Acireale/Sizilien**

Leistungen:

- Direktflug mit Air Berlin von Frankfurt nach Catania
- Achttägige Standortrundreise (lt. Reisebeschreibung)
- Alle Transfers im Zielgebiet
- Sieben Nächte Halbpension (mehrgängiges Abendessen)
- Betreuung durch fachkundige deutschsprachige Reiseleitung während der gesamten Rundreise.
- Hochklassiger klimatisierter Reisebus
- Willkommenstrunk und Abschiedessen

- Stadtführungen mit örtlichen deutschsprachigen Stadtführern
- Sämtliche Eintritte
- Abendveranstaltung mit Folkloregruppe
- Schifffahrt nach Lipari
- Picknick

Reisepreis: 1325 Euro pro Person im Doppelzimmer Einzelzimmer-Zuschlag 130 Euro

Bei Rückfragen:
 Tel. 0 67 21/1 66 29 oder
 Handy 01 52/56 12 51 12

TERMINE

Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Offenbach am 12. 6. 2015.



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
 Wilhelmstraße 60a
 65183 Wiesbaden
 Telefon (06 11) 99 22 7-0
 Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
 Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)
 c/o Gewerkschaft der Polizei
 Landesbezirk Hessen
 Wilhelmstraße 60a
 65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 1. Januar 2015
 Adressverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

JUBILARE & STERBEFÄLLE

**25-jähriges
 Gewerkschaftsjubiläum:**

- Frank Stallmann**
Kreisgruppe Limburg-Weilburg
- Marianne Wischnowsky**
- Frank Geist**
- Andreas Schamell**
- Christian Spangenberg**
- Birgit Speller-Trier**
- Markus Hochheim**
- Hans-Jürgen Feind**
- Christian Kress**
- Thorsten Pfeiffer**
- Joachim Liepelt**
- Frank Baier**
Kreisgruppe Main-Kinzig

**40-jähriges
 Gewerkschaftsjubiläum:**

- Alfred Krämer**
- Hartmut Rose**
- Ivo Schmitt**
- Claus Diegelmann**
- Matthias Kessler**
Kreisgruppe Main-Kinzig

**50-jähriges
 Gewerkschaftsjubiläum:**

- Heinz Noll**
- Margit Diegmüller**
- Dieter Feik**
- Hans-Jürgen Horchler**
- Gerhard Reußwig**
- Lothar Becker**
Kreisgruppe Main-Kinzig

Es starben:

- Marie Kraft**
- Ernst Petscher**
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf
- Armin Heindel**
Kreisgruppe Offenbach
- Christel Blaudow**
Kreisgruppe HLKA
- Heinrich Leimbach**
Kreisgruppe Kassel
- Gertrud Schuchmann**
Kreisgruppe HBP Mudra
- Karl Josef Kärchner**
Kreisgruppe Darmstadt
- Horst Gröpler**
Bezirksgruppe Frankfurt

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

